

Antrag	Vorlagen-Nr.:	VO/0321/2021
	Status:	öffentlich
	Datum:	28.09.2021
Antragsteller*in:	Alternative für Deutschland	

Beratungsfolge		
Gremium:	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Kenntnisnahme	nichtöffentlich
Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss	Vorberatung	öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	öffentlich

Antrag der AfD betr. Sachbeschädigung bei AfD-Vertretern

Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung verurteilt auf das Schärfste die Beschädigungen eines Privathauses am Hansenhaus und eines privaten PKWs im Südviertel im Nachgang zur Bundestagswahl durch vermutlich linksextremen politisch motivierten Vandalismus, Stichwort Antifa. Die Stadtverordneten bekräftigen zugleich, dass das Klima der Toleranz, Vielfältigkeit, Weltoffenheit und Menschlichkeit weiterhin in Marburg auch gegenüber Vertretern rechter Parteien zum Selbstverständnis der Stadt gehört.

1. Der Magistrat wird diese Haltung auch weiterhin aktiv vertreten und bekannt geben.
2. Diese Art der Gewalt wird von der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg nicht unwidersprochen hingenommen oder gar toleriert!
3. Die Stadtverordnetenversammlung sieht mit großer Sorge, dass Verunglimpfungen, Bedrohungen und Übergriffe gegenüber Sachen und gerade gegenüber Menschen, die sich kommunalpolitisch engagieren, zunehmen und seit Jahren zum politischen Alltag in Marburg gehören. Hass und Gewalt dürfen in unserer Gesellschaft nicht toleriert werden. Sie haben weder in Marburg noch anderswo einen Platz!
4. Die Stadtverordneten bekräftigen zugleich, dass das Klima der Toleranz, Vielfältigkeit, Weltoffenheit und Menschlichkeit in Marburg zum Selbstverständnis der Stadt und Ihrer

Einwohner gehört. Die Stadtverordnetenversammlung wird diese Haltung auch weiter aktiv vertreten. Es ist weiter notwendig, eine gesamtgesellschaftliche Debatte über die Verantwortung eines jeden Einzelnen und über die Grundwerte unseres demokratischen Miteinanders zu führen.

5. Der Magistrat wird aufgefordert Initiativen und Projekte gegen linksextreme Gewalt und Terror, speziell der Antifa, die diese gegenüber Sachen und Personen ausübt, zu initiieren. Schluss mit dem Kuschelkurs gegenüber Linksterroristen. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat darüber zeitnah zu berichten und die Ergebnisse öffentlich zu publizieren.
6. Der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung stellen sicher, dass die Antifa und gleichgesinnte linksextreme Initiativen und Vereinigungen nicht durch von Steuerzahlern erwirtschaftete städtische Finanzmittel unterstützt werden.
7. Die Stadt Marburg trägt aktive Sorge für den Schutz seiner politischen Akteure gleich welcher Couleur. Der Magistrat wird aufgefordert hier aktiv mit den Sicherheitsbehörden zusammen zu arbeiten.
8. Der Magistrat wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass die Verursacher der Beschädigungen ausfindig gemacht und bestraft werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Matthias Pozzi

Anlage/n

- 1 Änderungsantrag AfD
- 2 Änderungsantrag

Änderungsantrag der AfD

zum

Antrag der AfD betr. Sachbeschädigung bei AfD-Vertretern (VO/0321/2021)

Antrag der AfD betr. Sachbeschädigung bei Kommunalpolitikern

Die Stadtverordnetenversammlung verurteilt auf das Schärfste die Beschädigungen eines Privathauses am Hansenhaus und eines privaten PKWs im Südviertel im Nachgang zur Bundestagswahl durch vermutlich linksextremen politisch motivierten Vandalismus, Stichwort Antifa. Die Stadtverordneten bekräftigen zugleich, dass das Klima der Toleranz, Vielfältigkeit, Weltoffenheit und Menschlichkeit weiterhin in Marburg auch ggü. Vertretern rechter Parteien zum Selbstverständnis der Stadt gehört.

1. Der Magistrat wird diese Haltung auch weiterhin aktiv vertreten und bekannt geben.
2. Diese Art der Gewalt wird von der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg nicht unwidersprochen hingenommen oder gar toleriert!
3. Die Stadtverordnetenversammlung sieht mit großer Sorge, dass Verunglimpfungen, Bedrohungen und Übergriffe gegenüber Sachen und gerade gegenüber Menschen, die sich kommunalpolitisch engagieren, zunehmen und seit Jahren zum politischen Alltag in Marburg gehören. Hass und Gewalt dürfen in unserer Gesellschaft nicht toleriert werden. Sie haben weder in Marburg noch anderswo einen Platz!
4. Die Stadtverordneten bekräftigen zugleich, dass das Klima der Toleranz, Vielfältigkeit, Weltoffenheit und Menschlichkeit in Marburg zum Selbstverständnis der Stadt und Ihrer Einwohner gehört. Die Stadtverordnetenversammlung wird diese Haltung auch weiter aktiv vertreten. Es ist weiter notwendig, eine gesamtgesellschaftliche Debatte über die Verantwortung eines jeden Einzelnen und über die Grundwerte unseres demokratischen Miteinanders zu führen.
5. Der Magistrat wird aufgefordert Initiativen und Projekte gegen linksextreme Gewalt und Terror, speziell der Antifa, die diese gegenüber Sachen und Personen ausübt, zu initiieren. Schluss mit dem Kuschelkurs gegenüber Linksterroristen. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat darüber zeitnah zu berichten und die Ergebnisse öffentlich zu publizieren.

6. Der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung stellen sicher, dass die Antifa und gleichgesinnte linksextreme Initiativen und Vereinigungen nicht durch von Steuerzahlern erwirtschaftete städtische Finanzmittel unterstützt werden.
7. Die Stadt Marburg trägt aktive Sorge für den Schutz seiner politischen Akteure gleich welcher Couleur. Der Magistrat wird aufgefordert hier aktiv und eng mit den Sicherheitsbehörden zusammen zu arbeiten.
8. Der Magistrat wird beauftragt ein Sicherheitskonzept vorzulegen, dass z.B. in der Lenkungsgruppe Sicherheit besprochen und bewertet werden kann.
9. Die Stadt Marburg lobt einen Fonds aus, der entsprechende finanzielle Mittel bereithält, um alle ehrenamtlichen städtischen Kommunalpolitiker, Vereine und Vereinigungen bei politisch motivierten Angriffen (wie Sachbeschädigung, Vandalismus, Körperverletzung etc.) vollständig zu entschädigen. Es sollen also pro Schadensfall keine Obergrenzen gelten.
10. Der Magistrat wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass die Verursacher der Beschädigungen ausfindig gemacht und bestraft werden.

Matthias Pozzi

Gemeinsamer Änderungsantrag
der Fraktionen von CDU/FDP, B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste
Marburg sowie der BfM, der Piratenpartei und des Stadtverordneten Götting

zum

Antrag der AfD betr. Sachbeschädigung bei AfD-Vertretern
(VO/0321/2021)

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg erneuert die Marburger Erklärung gegen Gewalt aus dem Jahre 2014.

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich entschieden gegen Gewalt sowie deren Androhung aus.

Jeder Mensch muss vor widerrechtlicher Gewalt und gesellschaftlicher Ausgrenzung, wie beispielsweise durch Mobbing geschützt werden. Niemand darf aufgrund des Geschlechts, der Herkunft, der sexuellen Orientierung, einer Behinderung oder wegen religiöser und weltanschaulicher Bekenntnisse ausgeschlossen, bedroht oder gewalttätig angegriffen werden.

Gewalt ist in keiner Form akzeptabel.

Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt Maßnahmen, die

- Entstehung von Gewalt verhindern,
- Zivilcourage fördern, damit Gewalt erkannt wird und nicht unbeachtet bleibt,
- die Einhaltung sozialer Normen festigen,
- Opfern von Gewalt bei der Bewältigung des erfahrenen Unrechts helfen und
- zur gesellschaftlichen Wiedereingliederung von Gewalttäterinnen und -tätern beitragen.

Gemeinsam spricht sich die Stadtverordnetenversammlung für den Erhalt und eine gezielte Weiterentwicklung geeigneter Gewaltpräventionsmaßnahmen in unserer Stadt aus.

Die Marburger Stadtverordnetenversammlung bezieht klar Stellung gegen Gewalt in jeder Form.

Begründung:

Erfolgt mündlich durch die Stadtverordnetenvorsteherin.

Jens Seipp

Andrea Suntheim-Pichler

Christian Schmidt

Steffen Rink

Renate Bastian

Isabella Aberle

Dietmar Göttling

Dr. Michael Weber